



- Ratsfraktion -

Rede zum Haushalt 2006 der Stadt Korschenbroich

Sitzung des Stadtrates am 7. März 2006

**Fraktionsvorsitzender
Die Aktive
Manfred Henninger**

Sperrfrist: Dienstag, 07.03.2006, Schluss der Rede

Inhalt

1. Volkswirtschaftliche Verschuldung
 2. Situation der Kommunen
 3. Fakten aus Korschebroich
 4. Eingeleitete Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung
 5. Weitere notwendige Konsolidierungsansätze
 6. Handlungsbedarf im Haushaltssicherungskonzept (HSK)
 7. Neues kommunales Finanzmanagement (NKF)
 8. Grundwasser
 9. Stellungnahme zum Haushalt 2006 sowie zur 5. Fortschreibung des HSK
-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

1. Volkswirtschaftliche Verschuldung

Vorab ein Blick auf die gesamtwirtschaftliche Verschuldung.

Der **Schuldenstand des Bundes** Ende 2005 belief sich auf 1,455 Billionen Euro. Wie gewaltig dieser Schuldenberg ist, der (neben der kommunalen und NRW-Landesverschuldung) auf unseren Schultern lastet, zeigt folgendes **Beispiel**: Das Papiergewicht der Staatsverschuldung in 50-Euro-Scheinen beträgt 32.012 Tonnen. Zu deren Transport benötigt man einen Güterzug mit 582 Wagen je 55 Tonnen. Die Gesamtlänge der Wagen dieses Zuges liegt bei 10,5 Kilometer. Ein weiteres Beispiel ist der schriftlichen Fassung beigefügt.

Beispiel: Würde man sich die gesamte Staatsverschuldung in 50-Euro-Scheinen auszahlen lassen, so wären dies 29.101.957.951 Scheine, die waagrecht nebeneinander gelegt die Strecke von 4.074.274 Kilometern ergäben. Übereinander gestapelt entstünde ein Turm in Höhe von 2.910 Kilometern. (BdSt, 11/2005, S. 197)

Beängstigend ist nicht nur der Schuldenstand (immerhin 17.600 Euro/Einwohner), sondern nach wie vor der gesamtstaatliche **Schuldenzuwachs**; und das trotz jahrelanger Diskussion und unzähligen Maßhalteappellen. 2005 betrug der Schuldenzuwachs 54 Milliarden Euro. 68 Milliarden Euro mussten an Zinsen gezahlt werden. Eine Gefahr wird dabei häufig übersehen: Sollten sich die Zinsen mittelfristig um nur einen Prozentpunkt erhöhen, steigen die Zinskosten allein des Bundes um rund acht Milliarden Euro pro Jahr! (BdSt, 11/2005, S. 196)

Wir verbauen also schon seit Jahren und heute immer noch unseren Kindern und Enkeln die Zukunft, da ihnen künftig ein immer größerer Teil der von ihnen erwirtschafteten Einkommen in Form von Steuern und Abgaben zur Bedienung der Staatsverschuldung, also für Zins und Tilgung, abgenommen wird. Diese **Schuldenfalle** muss schnellstens durchbrochen werden. Je länger der Ausbruchsversuch hinausgeschoben wird, desto mehr Schulden türmen sich auf, umso höher die Vorbelastung unserer nachfolgenden Generationen.

Kommen wir näher, nach **NRW**. Die **Schulden** des Landes zum Jahresende 2005: ca.112 Milliarden Euro. Dies bedeutet jährliche Zinszahlungen von rund 4,6 Milliarden Euro; pro Tag fast 13 Millionen Euro! (RP 16.02.2006, S. 2) Die Pro-Kopf-Verschuldung in NRW beläuft sich auf ca. 6.150 Euro.

Angesichts dieser be- und erdrückenden Zahlen sollte eine **Schuldenuhr** in jeder Stadt zur Pflicht werden! Damit die Bürger und der Rat nicht permanent die Augen davor verschließen.

Denn auch Korschenbroich tappte voll in die Schuldenfalle. Die Stadt kann – so Kreisdirektor Hans-Jürgen Petruschke in der RP am 11.08.2005- nur froh sein, dass das Zinsniveau derzeit so niedrig liegt. Sonst wäre die Misere noch viel gravierender.

Jeden **Korschenbroicher** belasten ca. 2.250 Euro kommunale Schulden (städtischer Haushalt incl. Schulden Eigenbetrieb Abwasser; ohne Kassenkredite). Details später.

Warum quäle ich Sie mit Zahlen und Fakten. Die Antwort sollten Sie sich selber geben.

2. Situation der Kommunen

Die Städte und Gemeinden in Deutschland stehen vor vielen Problemen - und täglich werden es mehr. Das liegt zum Teil an der föderalen Struktur unseres Staatswesens: Auf Bundes- und Landesebene werden etliche Entscheidungen getroffen, deren Ausführung die Kommunen übernehmen müssen - ohne Mitspracherechte zu genießen.

Verschiedene Trends beschneiden zudem immer mehr den ohnehin geringen Spielraum der Kommunalpolitik: Globalisierung, internationaler Standortwettbewerb, demografischer Wandel, Steuerpolitik. Aus diesem Dilemma finden nur diejenigen Kommunen einen Ausweg, die bereit sind, eingefahrene Bahnen zu verlassen und Neues zu bewegen. Kommunalpolitiker sollten das Prinzip des Wettbewerbs und der schöpferischen Zerstörung, wie sie Reinhard Mohn empfiehlt, auf die Verwaltung übertragen: Häufig können sinnvolle Lösungen nur gefunden werden, wenn man alte Zöpfe abschneidet! (Kommunen schaffen Zukunft; Bertelsmann Stiftung, S. 6f.)

Überdies verringert fehlende Transparenz der kommunalen Finanzierung die Identifikation mit dem eigenen Gemeinwesen. Um das zu ändern, ist eine **Gemeindefinanzreform** unabdingbar. Bisher hat man diese jedoch nicht zustande gebracht. Das Thema Gemeindefinanzreform stand meines Wissens weder bei den Koalitionsverhandlungen in Düsseldorf noch in Berlin auf der Tagesordnung. Und bei der Föderalismusdebatte wurde der Finanzbereich bewusst ausgeklammert. Überall also das gleiche: Verschleppen, Aussitzen, Verschleiern ...

Zentral für einen nachhaltigen Reformprozess ist, dass **finanzwissenschaftliche Grundsätze** wieder beachtet werden. Dazu zählen u.a.:

- Konnexität von Aufgaben und Ausgaben: Aufgaben dürfen nur dann auf Kommunen übertragen werden, wenn ihre Finanzierung geklärt ist.
- die Autonomie der Kommunalverwaltung: Werden den Kommunen vom Land oder Bund Aufgaben zugewiesen, müssen eigenverantwortliche Handlungsspielräume gewährleistet bleiben.

Da beides nur ungenügend erfüllt ist, wünschte man sich als Bürger von Zeit zu Zeit öfters einmal zivilen Ungehorsam der Gemeinden gegenüber Bund und Land anstatt typisch deutscher Obrigkeitshörigkeit.

*Als Ergänzung der Reform des Gemeindefinanzsystems sind **Reformen etwa in folgenden weiteren Bereichen** notwendig:*

- Das kommunale Dienst- und Arbeitsrecht ist flexibler auszugestalten, um die Spielräume der Kommunen zur (unabdingbaren) Organisationsanpassung zu erweitern und weitere Leistungsanreize für die Mitarbeiter zu schaffen.*
- Mit einem neuen kommunalen Finanzmanagement ist Kostentransparenz und damit auch Kostenverantwortung herzustellen. Stichwort: NKF; dazu später mehr.*

Spielregeln privatwirtschaftlichen Handelns sind sicher nicht eins zu eins auf öffentliche Verwaltungen zu übertragen. Haushaltsrecht, Dienstrecht und veraltete Verwaltungsstrukturen behindern oftmals gute Ideen. Dennoch gibt es verschiedene bewährte betriebswirtschaftliche Ansätze, die auch in kommunalen Verwaltungen relativ problemlos eingeführt werden können - vorausgesetzt, man hat den Willen dazu. Um nur zwei zu nennen: Echtes, den Namen verdienendes **Controlling** und **Benchmarking**: Leistungen werden überprüft und mit anderen verglichen. Zwar nicht pauschal, denn Infrastrukturen unterscheiden sich oder auch Landesgesetze, zudem sind nicht alle Verwaltungsleistungen ohne weiteres messbar. Wenn aber 60 bis 80 Prozent von ihnen mittels Kennzahlen erfasst und vergleichbar werden, ist dies ein wesentlicher Schritt. Qualitätsvergleiche sind zukunftsorientiert. Durch ständigen Vergleich mit anderen und die kritische, unvoreingenommene Überprüfung der eigenen Leistungsfähigkeit ändern

sich strukturell die Verwaltungsabläufe. Dies ist viel nachhaltiger als kurzfristige Budgetstreichungen. (Kommunen schaffen Zukunft; Bertelsmann Stiftung, S. 84f.)

Die **Verschwendung von Steuergeldern** ist nach wie vor ein täglicher, öffentlicher Skandal, für den niemand haftbar gemacht wird, denn von dem zur Verfügung stehenden Arsenal an Sanktionen (Dienstvergehen, Schadenersatz, Verweis, Geldbuße, Gehaltskürzung, Entfernung aus dem Dienst, Kürzung oder Aberkennung des Ruhegeldes, Untreue gem. § 266 StGB) macht die öffentliche Hand so gut wie keinen Gebrauch. Nach einer groben Schätzung des Bundes der Steuerzahler versickern jedes Jahr 5 % der Steuergelder in überflüssigen Projekten. Das entspricht gut 30 Milliarden Euro p.a. "Wer behauptet, in den öffentlichen Haushalten gebe es kein Einsparpotenzial mehr, ignoriert vorsätzlich oder fahrlässig die Berichte der Rechnungshöfe oder das jährliche Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler".

(RP, 28.09.2005 / BdSt 10/2005, S.1 NRW)

3. Fakten aus Korschenbroich

- Seit 2003 wurde kein Haushalt seitens der Aufsichtsbehörde mehr genehmigt.
- Für Korschenbroich gelten seit Ende des Jahres 2002 die haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen einer Übergangswirtschaft (§ 82 GO NRW).
- Gesamtschuldenstand ca. 76 Mio. Euro; davon: städtischer Haushalt: 53 Mio. Euro, Eigenbetrieb Abwasser: 23 Mio. Euro. Ohne Kassenkredite!
- Der Verwaltungshaushalt 2006 führt zu einer Unterdeckung in Höhe von 7,8 Mio. Euro! Unter Berücksichtigung der aufgelaufenen Fehlbeträge mit 22,2 Mio. Euro beträgt der Fehlbedarf gemäß Haushaltssatzung somit ca. 30,0 Mio. Euro.
- Der Zinsaufwand umfasst ca. 6,2% der Gesamtausgaben; Total: 2,5 Mio. Euro. Pro Tag leistet Korschenbroich Zinszahlungen in Höhe von mehr als 6.700 Euro (ohne Eigenbetriebe und Beteiligungen)! Kassenkredite -eigentlich zur Überbrückung kurzfristiger Engpässe gedacht- haben inzwischen schon mittelfristigen Charakter. Sie müssen zwecks Aufrechterhaltung der Liquidität permanent in Anspruch genommen werden. Inzwischen ist es sogar notwendig, den Höchstbetrag der Kassenkredite um 10 Mio. Euro auf 35 Mio. Euro aufzustocken.
- Der originäre Haushaltsausgleich durch haushaltssichernde Maßnahmen gemäß der 5. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) soll 2014 erreicht werden. 5 Jahre später - also 2019 - müssten dann die Altfehlbeträge abgebaut sein. Tatsächlich wird für 2018 aber noch ein kumulierter Fehlbetrag von 36 Mio. Euro prognostiziert. Und das auch nur, weil in den letzten 4 Jahren, 2015 bis 2018, ein geradezu fantastisch anmutender Überschuss von 17 Mio. Euro erzielt werden soll. Meine Damen und Herren, wir halten derartige Zahlenakrobatik für mehr als unseriös.

4. Eingeleitete Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung

Im letzten Jahr und auch im vorliegenden Haushalt 2006 sind zumindest einige Weichen in die richtige Richtung gestellt worden. Das begrüßen wir. Das haben wir mitgetragen oder zum Teil selbst vorgeschlagen. Mit Zeitverzögerung sind einzelne Ansätze nun auch bei Ihnen angekommen. Sie verkaufen das jetzt als notwendige Reformen zur Konsolidierung. Eloquenz ersetzt Kompetenz!

Blicken wir kurz auf vernünftige Maßnahmen sowohl aus 2005 als auch 2006:

Veräußerung von städtischen Immobilien sowie Freiflächen

Veräußerung von städtischen Wohnungen

Kooperationen mit anderen Kommunen

Prüfung von Public-Private-Partnership-Modellen in Verbindung mit einer Konzeption "Zentrales Rathaus"

Stichwort: Neues Bodenmanagement

Gebührensatzung für die Sondernutzung öffentlicher Verkehrsflächen

Nutzungsgebühren/Kostenbeteiligung für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen:

Prüfung von Privatisierungen

Ein grundlegender Wille, auch solche Wege zu beschreiten - sofern sie wirtschaftlich unter Einbeziehung aller Folgeaspekte sinnvoll sind – war bisher nicht zu erkennen. Der Vorstoß zum Thema Rehabilitationsklinik Bau GmbH –mag man auch über die etwas unglückliche Art und Weise geteilter Meinung sein- ist m. E. richtig. Wir haben in unserer letzten Haushaltsrede bereits erhebliche Bedenken im Hinblick auf die Reha Bau GmbH zum Ausdruck gebracht. Selbst langfristig aufgehende Erfolgspläne trugen nicht gerade zur Beruhigung bei, insbesondere wenn man durch viele Pleiten weiß, dass sich derartige Wirtschaftlichkeitsbeurteilungen zunächst immer gerechnet haben. Auch die seitens der Stadt zur Abwendung bilanzieller Überschuldung gegebene Patronaterklärung" steht als "Damoklesschwert" noch im Raum.

5. Weitere notwendige Konsolidierungsansätze

Sind Sie wirklich der Auffassung, dass wir anhand der gerade aufgezeigten Maßnahmen demnächst einen Haushalt beraten, der genehmigungsfähig ist und uns aus der Übergangswirtschaft entlässt?

Wir glauben das nicht! Es sind weitere, konsequentere Handlungen unumgänglich.

Hoffnungen, wie im gemeinsamen Antrag für den Hauptausschuss am 21.02.2006 von CDU, UWG und Grüne zum Ausdruck gebracht, reichen da nicht, meine Damen und Herren. Mit Hoffnungen lässt sich keine Sanierung, noch nicht einmal eine langfristige Konsolidierung durchführen.

Das **strukturelle Defizit** (GPA, S. 36 ff.) wird hierdurch nicht abgebaut. "Ich denke, dass wir an einem Punkt angekommen sind, wo wir nichts mehr aussitzen können" so der Fraktionsvorsitzende der CDU in der RP am 15.12.2005 nach Vorlage des Haushaltsentwurfes 2006. Richtig, bisher haben Sie weitgehend ausgesessen und auch jetzt sind Sie entgegen Ihren Beteuerungen nicht bereit, das Konsolidierungs-tempo in Verantwortung für unsere nachfolgenden Generationen anzuziehen. Hier bestätigt sich einmal mehr ihre Aussage, "weit davon entfernt zu sein, wegen der roten Zahlen schwarz zu sehen" (A. Heveling in seiner Rede zum Haushalt des Jahres 2004 am 05.02.2004, S. 11).

Ein weiteres Zitat, verbunden mit der Frage, aus welchem Jahr und von wem dieses stammt: "Wir müssen auf längere Sicht mit dem derzeitigen Finanzvolumen auskommen, und um unsere Aufgaben erfüllen zu können, wird es erforderlich sein, sich künftig bescheidener zu geben. Und so ist die CDU-Fraktion von dem Willen beseelt, im neuen Jahr den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, nämlich die Ausgaben weiter zu senken, um die vorhandenen Mittel wirtschaftlicher und effektiver einsetzen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir auch unsere eigene Denk-, Verhaltens- und Arbeitsweise im Rat und den Ausschüssen überprüfen". Ich gebe Ihnen die Antwort. Das Zitat ist entnommen aus der Rede zum Haushalt 1983 des CDU Ratsmitgliedes Schellen vom 16.12.1982.

Das, was dort formuliert wurde, hat ja alles nicht so richtig geklappt! Allein die mehr als verdoppelte Schuldenentwicklung seit Anfang der 80 er Jahre bis heute zeigt, dass die lokale CDU weder in der Lage ist, verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik zu betreiben noch gewillt ist, sich dabei helfen zu lassen! Von anderer Denk- und Verhaltensweise also bis heute keine Rede.

Gerade in Zeiten knapper Kassen muss eine verantwortungsvolle Politik auch folgende Fragestellungen bzgl. des gemeindlichen Leistungsspektrums frühzeitig angehen: Welche Produkte/Dienstleistungen können wir uns leisten? und Was dürfen uns diese kosten?" Auch der Städte- und Gemeindebund argumentiert in die gleiche Richtung: "Können Aufgaben ersatzlos gestrichen werden? Müssen sie überhaupt von der öffentlichen Verwaltung wahrgenommen werden? Können wir hier und da qualitative Abstriche machen?" (Städte und Gemeindebund, August 2005, S. 238) Alles muss auf den Prüfstand: alle Aufgaben des Landes, aber auch alle Pflichtaufgaben der Kommunen. "Es geht schlicht um die Beantwortung der Grundfrage: wie viel Staat, sprich welche Aufgaben können wir uns noch leisten, wenn wir nicht ewig auf Pump und von der Substanz leben wollen." (Städte und Gemeindebund, Dr. Schneider am 22.11.2005 in Xanten, S. 5)

Dass dies schmerzlich ist, keine Beifallsbekundungen hervorruft und sich Widerstände aufbauen, bedarf wohl keiner ausdrücklichen Erwähnung. Aber es geht nicht anders! "Aufgrund dieses Haushaltsentwurfes muss der Rat der Stadt Korschenbroich den Mut zu umfassenden und außergewöhnlichen finanziellen Entscheidungen haben, wenn es

eine Chance geben soll, die finanzielle Eigenständigkeit der Stadt Korschenbroich wieder herzustellen" so die IHK Mittlerer Niederrhein am 02.02.2006, S. 2. Bereits im letzten Jahr betonte die IHK, dass Aufgaben, die nicht originär in den Aufgabenbereich einer Stadt fallen, abgegeben werden sollten (IHK Mittlerer Niederrhein, 01.02.2005, S. 3). Selbst unser Bürgermeister betonte im Rat am 13.12.2005 (in seiner Rede zum Haushalt 2006, S. 2): "Der Staat muss sich aus vielen Bereichen zurückziehen bzw. Ausgaben reduzieren". Ja, und nochmals Ja. Aber warum tun Sie es nicht.

Wo bleibt etwa die Organisationsuntersuchung im Bauamt auf Basis der Beanstandungen der GPA aus Mitte 2004 (GPA, S. 246)? Darauf warten wir noch heute. Wo bleiben weitere "objektive" Prüfungen von Umorganisationen im Aufbau der Verwaltung bzw. im Ablauf von Prozessen? Oder im Hinblick auf die Abgabe von Leistungen? Wann wird die Risikoinventur der Eigenbetriebe und Beteiligungen in ein Controllinginstrument verwandelt, das den Namen wirklich verdient hat? Eine Konsolidierung des städtischen Haushaltes kann ohne der "Bereich: Personalkosten" kaum gelingen. Es gibt kreative Möglichkeiten zur Ausgabensenkung ohne pauschale Stellenstreichungen. Unser Ansatz im Hauptausschuss war moderat und umsetzbar. Ergebnis: abgelehnt! Das gleiche zur Thematik: Schließung der Verwaltungsstellen Kleinenbroich und Glehn; ebenso die "störrische" Weigerung, Möglichkeiten zur Veräußerung des städtischen Abwasserbetriebes auch nur in Erwägung zu ziehen.

"Der Satz "Geht nicht" gibt es (angesichts der Schuldenlast des Landes) nicht" von Dr. Jürgen Rüttgers in seiner Regierungserklärung vom 13.07.2005, S. 10 muss auch für Korschenbroich gelten!!!

Kommunale Leistungen, die auch von Dritten, insbesondere privaten Unternehmen, erbracht werden können, sollten sich im Wettbewerb mit diesen bewähren. Denn auch ein noch so gutes Controlling oder ehrliche interkommunale Vergleiche können nicht vollständig ersetzen, was in der Privatwirtschaft bei den Unternehmen für ständigen Rationalisierungsdruck und die Suche nach neuen, besseren Leistungen sorgt, nämlich funktionierender dynamischer Wettbewerb.

Verantwortungsbewusste Politik wie wir sie betreiben eiert nicht rum, sondern sagt was Sache ist und zeigt Lösungswege auf. Das haben wir letztes Jahr getan mit diversen Vorschlägen in vier Bereichen: 1) Ausgaben senken 2) Vermögen zum Teil veräußern 3) Einnahmen erhöhen 4) Strukturen verändern und auch dieses mal mit Anträgen zum Hauptausschuss am 21.02.

Für alles Mögliche werden Arbeits-, Steuerungs- oder Lenkungsgruppen eingerichtet. Für die essentielle Pflichtaufgabe, einen ausgeglichenen Haushalt wiederherzustellen besteht jedoch anscheinend wenig Interesse. Wir haben in unserer letzten Haushaltsrede 2005 angeboten, hier in einem parteiübergreifenden Fachgremium unseren Sachverstand einzubringen und einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Reaktion: keine! "Machtspielchen" bleiben wesentliches Kriterium der Ratsmehrheit.

6. Handlungsbedarf im Haushaltssicherungskonzept (HSK)

Neben einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen, die im Ihnen bekannten Runderlass des Innenministers zu Haushaltssicherungskonzepten vom 29.07.1991 genannt sind, müssen auch haushaltsverbessernde Maßnahmen überdacht werden. Solche hat der Innenminister des Landes NRW mit **Erlass vom 05.01.2006** als zwingende zu prüfende Maßnahmen in einem "Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten" festgelegt. Mir liegt fern, alles was aus Düsseldorf kommt für gut zu befinden, im Gegenteil. Aber die dortige Auflistung verschiedener Möglichkeiten, differenziert in 11 Themenblöcke, macht durchaus Sinn. Bitte hier nochmals objektive Prüfung, ob alle Maßnahmen ausgeschöpft wurden. Wir, *Die Aktive* meinen Nein!

Alle Aufgaben und Prozesse zum Abbau des Defizits gehören auf den Prüfstand, Standards sind in Frage zu stellen, Make or buy Entscheidungen zu fällen, Kooperationen offensiv fortzuführen, Vermögensveräußerungen und Privatisierungen mit wirklichem Willen und fester Konsequenz zu prüfen und umzusetzen

7. Neues kommunales Finanzmanagement (NKF)

Noch einige Sätze zum Thema NKF. Die Mehrheit der Mitglieder des Rates scheint das zwar nicht zu interessieren, aber da müssen Sie durch. Denn bei der Modernisierung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens geht es nicht zuletzt um bessere Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für die Politiker.

"NKF wird die kommunale Wirklichkeit entscheidend verändern:

- 1) Durch die Einführung der doppischen Buchführung im NKF wird neben reinen Einnahmen und Ausgaben der Werteverzehr, also die Abschreibungen und Rückstellungen, sichtbar. Das garantiert eine nachhaltige Haushaltswirtschaft.
- 2) Die Transparenz im Haushaltsplan wird erheblich verbessert. Anstelle von unzähligen Haushaltsstellen bekommen wir eine klare Produktstruktur". "Der NKF-Haushalt wird durch die neue Transparenz das Kostenbewusstsein aller Beteiligten stärken".

Mit NKF wird Wettbewerb möglich - interkommunal. "Nicht umsonst heißt es: Konkurrenz belebt das Geschäft". "NKF muss in jeder Kommune mit Leben gefüllt werden. Wer die Nutzung der besseren Steuerungsmöglichkeiten jetzt auf die lange Bank schiebt, verschenkt die Chancen der Reform" (NRW Innenminister Dr. Ingo Wolf anlässlich einer Veranstaltung zum Thema "Politische Steuerung" in der MSV-Arena, Duisburg am 31.10.2005). Da fehlt mir manchmal bei unserem Kämmerer der richtige "Drive".

Durch die Betrachtung des gesamten Ressourcenverbrauchs in der Ergebnisrechnung wird im Übrigen endlich deutlich, wenn eine Kommune "von der Substanz lebt" oder wenn sie "zu Lasten zukünftiger Generationen wirtschaftet".

Die Einführung der Doppik allein löst die kommunale Finanznot natürlich nicht. Aber: Finanzen sind ein Steuerungsinstrument. Wer einen detaillierten Überblick über Vermögen, Schulden und Rückstellungen hat, kann Entscheidungen besser treffen und auch dem Bürger gegenüber leichter erklären.

8. Grundwasser

Ein zentrales Thema, dass wir sowohl im Kreishaushalt als auch im vorliegenden städtischen Haushalt unzureichend bis gar nicht berücksichtigt sehen, ist das Thema Grundwasser.

Die neben Korschenbroich betroffenen Kommunen, der Rhein-Kreis Neuss, aber auch das Land haben aus Sicht unserer Fraktion eine politische Mitverantwortung an den Problemen, die sich heute in Korschenbroich, Kaarst und Dormagen zeigen und sich in den kommenden Jahren zu einer gesundheitlichen und finanziellen Katastrophe für die betroffenen Menschen ausweiten können.

Die Stadt Korschenbroich - zuerst -, aber auch der Rhein-Kreis Neuss in seiner Funktion als Aufsichtsbehörde müssen sich fragen lassen, warum in den letzten Jahrzehnten in Korschenbroich unverständlicherweise ca. 5000 Häuser ohne Berücksichtigung der früheren hohen Grundwasserstände gebaut wurden.

Und dies, obwohl es seitens der Firma Rheinbraun bereits 1980 warnende Empfehlungen für Bauschutzmaßnahmen gegen Grundwasserwiederanstieg gegeben hat.

Wieso wurden vom Land im Rahmen der Sumpfzungenehmigungen für Rheinbraun keine entsprechenden Gesetze oder Verordnungen erlassen, die dieses Desaster verhindert hätten? Hat man die Auswirkungen damals nicht erkannt oder wollte man sie nicht sehen? Warum wurden nicht entsprechende Konsequenzen gezogen, indem Bauherren und Architekten rechtzeitig und umfassend in Bauleitplänen und Baugenehmigungen auf den künstlich abgesenkten Grundwasserspiegel hingewiesen wurden?

Die von unserem engagierten Landrat eingesetzte Grundwasserkommission des Kreises hat die Thematik sicherlich z. T. versachlicht, eine umfassende zufrieden stellende Lösung für die direkt betroffenen Bürger und unsere betroffene Kommune aber bisher nicht - auch kaum ansatzweise - erarbeiten können.

Wir *Die Aktive* fragen uns, wann erfolgt endlich konsequentes Handeln aller Beteiligten in Land, Kreis und Stadt, bei dem die Bürger wirklich den Eindruck gewinnen können, hier packt jemand mit ganzem Herzen und voller Energie die Thematik an?

Das Gegenteil ist der Fall. Vier kurze Beispiele von Vielen:

1) die Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag, stellvertretende Landrätin und Landtagsabgeordnete, Frau Apel-Haefs aus Drölsholz beantragt für den Kreishaushalt 2006, 750.000 Euro für Grundwassermaßnahmen zu streichen! Die Dame hat sich anscheinend noch nie mit ihren näheren Nachbarn in Drölsholz, Steinhausen, Pesch und Kleinenbroich über deren Probleme unterhalten. Soviel Ignoranz ist schon unerträglich. Die SPD täte gut daran, Personen in Führungspositionen zu wählen, die die Bodenhaftung nicht gänzlich verloren haben.

2) Der Bundestagsabgeordnete unseres Wahlkreises Willy Wimmer sollte lieber weiterhin "Undercover" weltpolitisch tätig bleiben. Korschenbroicher Grundwasserprobleme sind nicht sein Ding und alles, was er diesbezüglich von sich gibt, ist ohnehin nur halbherziges Gerede.

3) Im Haushalt 2006 unserer Stadt sind Etatposten zur Finanzierung von Grundwassermaßnahmen in Kleinenbroich und Pesch aus Gründen der "Wahrheit und Klarheit" nicht mehr berücksichtigt. Über Haushaltsprinzipien kann man durchaus geteilter Meinung sein. Das ausgesandte politische Signal seitens der selbst ernannten "gestaltenden Mehrheit" ist hingegen eindeutig; und zwar fatal. Aber es spiegelt nur unsere Erfahrungen in den letzten Jahren wieder. Denn

4) braucht man sich nur die gelangweilten und desinteressierten Gesichter vieler Ratsdamen und –herren ansehen, wenn Grundwasserthemen in Ausschüssen oder dem Rat behandelt werden. Gestaltungswillen, Einsatz und Engagement lassen deren Mimik und Gestik nun wahrlich nicht erkennen. Leider erleben nur relativ wenige Bürger diese "Veranstaltungen" live mit. Das ist wiederum ein Glück für die Mehrheitsfraktion.

Meine Damen und Herren, die Probleme werden sich nicht erledigen, indem man sie ignoriert, sich nicht zuständig fühlt, die Schuld formalrechtlich (auf Bauherren und Architekten) abschiebt oder wie der stellvertretende Landrat Dr. Klose mit dem Hinweis ablenkt, "dass weite Teile Deutschlands bald ein Grundwasserproblem haben werden".

Das nützt den Menschen hier gar nichts - Herr Dr. Klose.

Ich empfehle nochmals die Stellungnahme der Kirchen aus Anfang 2005 intensiv zu studieren. Diesen zutreffenden Aussagen ist kaum etwas hinzuzufügen.

Wie die IHK bereits letztes Jahr festgestellt hat "wird das Image der Stadt Korschenbroich durch das Grundwasserproblem zunehmend negativ beeinflusst". Nasse Keller sind nun einmal negative Standortfaktoren, denn sie bedrohen die wirtschaftliche Existenz der betroffenen Bürger.

Berechtigter Weise fragen die Bürger zunehmend, warum in anderen betroffenen Gebieten, wie etwa dem benachbarten Rhein-Erft-Kreis bis zum St. Nimmerleinstag der Grundwasserstand reguliert wird, im Rhein-Kreis Neuss aber nicht. Ein im Erftkreis bestehender "anderer gesellschaftlicher Konsens" leuchtet doch keinem Korschenbroicher ein.

Wir, *Die Aktive*, werden uns weiterhin mit allem Engagement dafür einsetzen, dass ein gesundheits- und gebäudeunschädlicher Grundwasserspiegel in den betroffenen Gebieten festgeschrieben wird. Sofern dieser Pegel überschritten wird, müssen nach einem definierten Plan Grundwasserregulierungsmaßnahmen zum Schutze der Bevölkerung anlaufen. Nochmals: hier geht es nicht um eine Absenkung des Grundwassers, sondern um Begrenzung des Wiederanstiegs.

Ein **Grundwassermanagement** muss endlich her!

Die betroffenen Menschen haben einen berechtigten Anspruch auf eine nachhaltige Lösung der Grundwasserproblematik.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren in Rat und Verwaltung, um Ihre Unterstützung. "Es gehört oft mehr Mut dazu, seine Meinung (und sein Verhalten; der Verfasser) zu ändern, als ihr treu zu bleiben" (Friedrich Hebbel). **Zeigen Sie diesen Mut!**

9. Stellungnahme zum Haushalt 2006 sowie zur 5. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sehr geehrte Damen und Herren,

Ist hier im Rat der politische Wille vorhanden, wirklich effektive, tiefgehende Maßnahmen in erster Linie zur Behebung des strukturellen Defizits auf den Weg zu bringen? Es geht nicht –und da wiederhole ich meine Aussagen vom letzten Jahr- um die "Versilberung" städtischen Vermögens, mitnichten um einen "Kahlschlag". Wer uns das Gegenteil vorwirft, hat entweder von Haushalt und Finanzen, von Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft keine Ahnung oder betreibt schieren Populismus. Wahrscheinlich beides. Es geht Vielmehr um das Erkennen struktureller Defizitträger, um ein "Veränderungsschrumpfen" und die Frage, was unsere Stadt wirklich braucht, welche Leistungen dauerhaft angeboten werden können und sollen bzw. was in privater Hand oder in Kooperationen besser und kostengünstiger aufgehoben ist.

Hierzu sind endlich von Sachverstand geprägte, offene Diskussionen notwendig. Diese haben jedoch nur dann einen Sinn, wenn man nicht von vornherein entschlossen ist, Recht zu behalten. Suchen wir gemeinsam nach Möglichkeiten, in einigen Jahren einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen zu können. Hierzu gehört es, Anträge und Vorschläge im Rat und den Ausschüssen auf ihre Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit zu prüfen und nicht -wie allzu oft geschehen - die politische Farbe (Blau; *Die Aktive*) des Antragstellers ins Auge zu fassen und diese als Maßstab für eine Ablehnung gelten zu lassen. Für solche Sandkastenspielchen ist die Lage zu ernst und die Politik täte gut daran, hier Objektivität und Pragmatismus statt Parteidenken walten zu lassen.

Wer etwas nicht will, findet Gründe. **Wer etwas will, findet Wege!**

"An Reformen, Einsparungen und Aufgabenkritik führt kein Weg vorbei" so Bürgermeister Dick im Rat am 13.12.2005 (in seiner Rede zum Haushalt 2006, S. 3).

Es wird unvermeidlich sein, mittelfristig eigene wesentliche Beiträge zu beschließen.... Ansonsten besteht laut unserem Kämmerer lediglich die Alternative, abzuwarten, dass derartige nicht mehr aufschiebbare Entscheidungen – wie übrigens in Waltrop kürzlich geschehen (Anmerkung des Verfassers)- von der Aufsichtsbehörde vorgegeben werden. (Kämmerer Schultze im Rat am 13.12.2005 in seiner Rede zum Haushalt 2006, S. 6).

Meine Herren, Sie haben Recht. Sie hatten aber die Möglichkeit und aus meiner Sicht auch die Pflicht, hier stärkere Zeichen zu setzen und entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen; und zwar bereits im Haushaltsentwurf. Dies haben Sie jedoch nicht getan. Auch die Ergebnisse der Haushaltsberatungen waren nicht ausreichend.

Auf dieser Basis wird *Die Aktive*:

- dem Haushaltsplan 2006 und dem Haushaltssicherungskonzept in seiner 5. Fortschreibung nicht zustimmen.
- dem Investitionsprogramm nicht zustimmen.
- dem Stellenplan 2006 sowie der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes nicht zustimmen

Vielen Dank!